

## **Plenarrede am 15. Juli 2010 zum Thema:**

### **Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindegewirtschaftsrechts**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/27

erste Lesung

Reiner Priggen (GRÜNE): Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Papke, das ist wirklich Realitätsverweigerung, was Sie hier eben geleistet haben,

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

wenn Sie von der erfolgreiche Modernisierungspolitik der vergangenen Regierung sprechen.

Ich will gar nicht behaupten, dass alles verkehrt war. Aber den § 107 GO als Beispiel für erfolgreiches Regierungshandeln zu nehmen, da muss man wirklich weit, weit neben der Realität stehen. Ich will das einmal ganz klar sagen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Herr Dr. Papke, warum haben wir dies zum Inhalt unseres ersten Antrags gemacht? – Weil wir den Stadtwerken in allen Veranstaltungen und Diskussionen vor der Wahl versprochen haben, dass es eine derart unvernünftige Regelung nicht länger geben darf. Es ist die schärfste Regelung aller 16 Bundesländer in dieser Republik; da sind auch einige dabei, die nicht von Rot und Grün regiert werden. Diese Regelung zwingt Stadtwerke wie die von Münster praktisch ins benachbarte Niedersachsen, um da neue Technik zu entwickeln, weil es hier zu kompliziert ist.

Wir haben überall gesagt, dass die Gemeindeordnung eines der ersten Gesetze ist, die wir ändern werden. Kollege Becker hat noch im Wahlkampf einen Gesetzentwurf eingebracht, zu dem auch eine Anhörung stattgefunden hat. Bei der Anhörung haben alle Sachverständigen – auch die von Ihnen eingeladenen – das alte Gesetz kritisiert.

Seine Wurzel hatte das Gesetz in einer Pressekonferenz von Frau Thoben, die zu Recht erkannt hat, dass das von Ihnen 2007 geänderte Gesetz eine massive Behinderung der Stadtwerke darstellt und nicht haltbar ist.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Insofern geht die Kartographie von Herrn Dr. Papke völlig an der Realität vorbei. Ich habe mit Interesse seine Äußerung gelesen, in diesem Landtag gäbe es dreieinhalb

linke Parteien. Da kann ich mir aussuchen, ob man bei der CDU die Grenze in der Mitte zieht oder ob es die ersten drei Reihen sind.

Herr Dr. Papke hat offensichtlich ein anderes Weltbild, auch bei § 107 Gemeindeordnung. Mein alter Kreisdirektor aus dem Kreis Lippe, Hans-Joachim Reck, der Ihnen als CDU-Generalsekretär bekannt ist, sagte dazu – und zwar nicht, wie Wolfgang Clement, vor zwölf Jahren, sondern im letzten Jahr –:

Wer diese Verschärfung der Gemeindeordnung will, will letztlich das Verschwinden der über 230 NRW-Stadtwerke vom Energiemarkt, der will das Oligopol der privaten Großen, der will einen unfairen Wettbewerb der großen privaten Versorger gegen die Stadtwerke. Nicht nur den Stadtwerken würde geschadet, sondern darüber hinaus würde den Städten und Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle genommen.

Das sind die Worte eines prominenten CDU-Mitglieds, das die Stadtwerke vertritt. Ich könnte noch Herrn Janning, Chef der Stadtwerke Duisburg und auch CDU-Mitglied, zitieren. Es gibt viele Rückmeldungen der zitierten Art – auch aus der christdemokratischen Partei.

Deswegen ist es absolut richtig – das ist eine unserer Zusagen –, das Stadtwerke-Gesetz noch einmal anzupacken. Es wird eine Anhörung geben, in der wir die Sachverständigen noch einmal hören werden. Damit lösen wir eine Zusage ein. Ich weiß, dass mindestens die Hälfte der CDU-Kollegen darunter gelitten hat, dass die FDP ihr Veto gegen die Pläne von Frau Thoben eingelegt hat. Niemand kann daher sagen, dass es diesbezüglich eine geschlossene Position gab.

Insofern ist es nur vernünftig, sich an der Stelle zu bewegen und das Gesetz zu ändern. Das ist den Stadtwerken versprochen worden. Wer weiß, dass es auf dem Energiemarkt in Wirklichkeit keine Verdrängung der Handwerksbetriebe durch die Stadtwerke, sondern eine Verdrängung der Stadtwerke durch die großen vier gibt, der kennt die Aufgabe, die sich für die Zukunft stellt.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Wenn wir ganz nüchtern an Energiepolitik herangehen, wissen wir alle, dass die Energieerzeugung der Zukunft dezentral und intelligent vernetzt sein wird sowie aus anderen Verbrauchsstrukturen und Verbrauchskomponenten bestehen wird. Die Stadtwerke, auch im Verbund mit den Handwerkern, sind die Makler, die wir brauchen, um diesen Wechsel einzuleiten, nicht die ganz Großen. Wir müssen den Stadtwerken Raum geben – nicht nur ihnen allein, sondern auch anderen mittelständischen Unternehmen –, weil die Stromerzeugung der Zukunft – beispielsweise im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplung – dezentral und intelligent sein wird.

Dafür brauchen wir Partner. Deswegen ist es richtig und ehrlich, dieses Gesetz als Erstes anzupacken. Wir werden Ihnen sicherlich auch bei weiteren Tagesordnungspunkten ein bisschen wehtun. Aber das sind einfach die Zusagen, die wir gemacht haben, und deshalb müssen ein paar Punkte geändert werden. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen